

Dokumentation

Europride 2009: Fakten und Hintergrundinformationen **Lage der Menschenrechte für Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgender**

Weltweit werden Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer geschlechtlichen Identität diskriminiert, verfolgt und getötet. Zimbabwes Präsident Mugabe vergleicht sie mit Hunden, jamaikanische Sänger rufen zum Totschlag auf und polnische Politiker fordern «soziale Intoleranz». Amnesty International setzt sich seit Jahren für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender (LGBT) ein.

In sieben Ländern können gleichgeschlechtliche Beziehungen mit dem Tode bestraft werden. Homosexuellen Männern droht die Todesstrafe in folgenden Staaten: Iran, Mauretanien, Nigeria, Katar, Saudi-Arabien, Sudan und Jemen. Lesbische Frauen müssen im Iran, in Katar, in Nigeria und in Saudi-Arabien eine Hinrichtung befürchten.

In Dutzenden von Staaten gibt es Gesetze, die sexuelle Beziehungen zwischen erwachsenen Männern unter Strafe stellen. In Kuwait drohen Schwulen Gefängnisstrafen bis zu 7 Jahren, in Uganda und Malaysia sind sogar Strafen bis zu 20 Jahren möglich.

Staatliche Diskriminierung von Homo- und Transsexuellen kommt auch in Europa und Zentralasien vor. In Belarus, Litauen und der Republik Moldau wurden öffentliche Veranstaltungen zur Unterstützung sexueller Minderheiten verboten. In Bosnien und Herzegowina musste die erste derartige Veranstaltung nach Morddrohungen gegen die Organisatoren und tätlichen Angriffen auf TeilnehmerInnen vorzeitig beendet werden. Mitte Mai 2009 wurde eine Demonstration in Moskau verboten und mit Polizeigewalt aufgelöst. Auch die international besuchte «Baltic Pride» 2009 in Riga wurde kurzfristig verboten. Erst ein Gerichtsbeschluss – ein Tag vor der Demonstration – erlaubte die Durchführung.

Kurzberichte zur Situation in einzelnen Ländern

(Quelle: Jahresbericht 2009 von Amnesty International)

Ägypten

Bei Razzien, die ab Oktober 2007 in Kairo und Alexandria stattfanden, wurden 24 Männer festgenommen. Man klagte sie wegen »gewöhnheitsmässigen Ausschweifungen« an, ein Vorwurf, der häufig zur strafrechtlichen Verfolgung von einvernehmlichem Geschlechtsverkehr zwischen Männern herangezogen wird. In Kairo wurden zwölf Männer unter dem Verdacht festgenommen, HIV-positiv zu sein. Sie wurden von der Polizei gefoltert und misshandelt, u. a. wurden sie geschlagen und ohne ihr Einverständnis auf HIV / AIDS getestet. Männer, deren Test eine HIV-Infektion ergab, wurden bis Februar an ihre Krankenhausbetten ordnete das Ministerium für Gesundheit und Bevölkerung an, die Männer loszumachen. Die meisten wurden zwangsweise analen Untersuchungen unterzogen, die »beweisen« sollten, dass die Männer homosexuelle Kontakte hatten. Derartige Untersuchungen ohne Einverständnis des Betroffenen gelten als Folter.

Amnesty International ist eine weltweite Bewegung, die für die Förderung und Verteidigung der fundamentalen Menschenrechte arbeitet. Unabhängig und unparteilich, zielen ihre Aktionen auf schnellste und wirksame Hilfe für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen.

Die Aktivitäten der Organisation sind nur durch ihre Mitglieder und mit privaten Spenden finanziert.

Friedensnobelpreis 1977

Amnesty International est une organisation mondiale, oeuvrant à la promotion et à la défense des droits humains fondamentaux. Indépendante et impartiale, Amnesty International fonde son action sur la rapidité et l'efficacité de l'aide aux victimes des violations des droits de la personne.

Ses activités sont financées par ses seuls membres et par des dons privés.

Prix Nobel de la Paix 1977



Bulgarien

Im Juni 2008 richtete die Organisation *Gemini*, die sich für die Rechte von Homo- und Bisexuellen sowie Transgender-Personen einsetzt, die erste Grossveranstaltung für sexuelle Minderheiten in Bulgarien aus. Etwa 150 friedliche Parade-TeilnehmerInnen waren der Gewalt von Gegendemonstranten ausgesetzt, die Steine, Flaschen und Molotow- Cocktails warfen. Die Polizei nahm mehr als 60 Personen fest. Obwohl der Ministerpräsident das Recht, friedlich zu demonstrieren, grundsätzlich anerkannte, sprach er sich gegen die Parade aus.

Gambia

In einer Ansprache im Mai 2008 drohte Staatspräsident Yahya Jammeh, Lesben und Schwule des Landes zu verweisen oder umzubringen. Mindestens drei Gambier und zwei Spanier wurden nach der Rede wegen des Verdachts gleichgeschlechtlicher sexueller Handlungen verhaftet. Zu einem späteren Zeitpunkt nahm die Regierung die Aussage des Staatspräsidenten zurück.

Honduras

Die Untersuchung der Misshandlung und Vergewaltigung von Donny Reyes, Schatzmeister der Stiftung Regenbogen (*Fundación Arcoiris*), einer Vereinigung, die sich für die Rechte von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transgender-Personen einsetzt, machte keine Fortschritte. Donny Reyes war im Jahr 2007 von Polizisten willkürlich festgenommen und zu einer Polizeiwache gebracht worden. Dort soll ein Polizeibeamter gegenüber anderen Inhaftierten gesagt haben: »Schaut mal, ich bringe euch hier eine kleine Prinzessin, ihr wisst ja, was zu tun ist.« Er wurde von anderen Häftlingen wiederholt geschlagen und vergewaltigt. Ein Polizist wurde mit einer einmonatigen Suspendierung vom Dienst ohne Gehaltsfortzahlung bestraft.

Jamaika

Immer wieder gab es Berichte darüber, dass aufgebrachte Menschenmengen Gewalt zumeist gegen Männer ausübten, die vermeintlich gleichgeschlechtliche Beziehungen unterhielten. Im August wurde ein Molotow-Cocktail in ein Haus in Clarendon in Süd-Zentral-Jamaika geworfen. Das Haus wurde von zwei Männern bewohnt, von denen angenommen wurde, dass sie homosexuell seien. Als der Notdienst eintraf, hielt sich vor dem Haus eine kleine Menschenmenge auf, die das Geschehen begleitet von höhnischem Gelächter beobachtete. Einer der Männer erlitt schwere Verbrennungen.

Kamerun

Im März 2008 wurden zwei Männer wegen gleichgeschlechtlicher sexueller Handlungen zu sechs Monaten Haft und einer Geldstrafe verurteilt. Die Männer waren demütigenden Untersuchungen im Analbereich unterzogen worden. Im Mai 2008 nahm die Polizei in Lomié, Provinz Est, zwei junge Frauen fest, die verdächtigt wurden, gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen vorgenommen zu haben. Die Polizei soll die beiden Frauen in Gewahrsam gezwungen haben, vier weitere Frauen als »Komplizinnen« zu denunzieren.

Marokko

Im Januar bestätigte ein Berufungsgericht die in Ksar el-Kebir im Nordwesten Marokkos verhängten Freiheitsstrafen von bis zu zehn Monaten gegen sechs Männer wegen »homosexueller Handlungen« (*»actes impudiques ou contre nature avec un individu de son sexe«*). Sie waren im November 2007 nach öffentlichen Denunzierungen, laut derer ihre privat veranstaltete Party eine »Homo-Hochzeit« gewesen sei, festgenommen worden. Nach marokkanischem Recht sind einvernehmliche gleichgeschlechtliche Beziehungen zwischen Erwachsenen strafbar.

Republik Moldau

Am 8. Mai 2008 verbot das Bürgermeisteramt von Chisinau eine Demonstration von lesbischen, schwulen, bisexuellen und Transgender- Personen. Die NGO *GenderDoc-M* hatte das Bürgermeisteramt darüber informiert, dass sie zugunsten des neuen Antidiskriminierungsgesetzes vor dem Parlament demonstrieren wolle. In einem schriftlichen Bescheid erklärte das Bürgermeisteramt, dass religiöse Organisationen, Schüler und Einwohner der Hauptstadt negativ auf die geplante Demonstration reagiert hätten, und warf den sexuellen Minderheiten »Aggressivität sowie die Verletzung spiritueller und moralischer Werte« vor.



»Um Spannungen in der Gesellschaft zu vermeiden«, sei es daher erforderlich, die geplante öffentliche Kundgebung zum Schutz der Demonstranten zu verbieten. Als die KundgebungsteilnehmerInnen am 11. Mai mit dem Bus am Parlament eintrafen, wurden sie von etwa 300 Gegendemonstranten umringt, die sie am Verlassen des Busses hinderten. Augenzeugen berichteten, dass nur sehr wenige Polizeibeamte anwesend waren, die trotz der zunehmenden Spannungen nicht eingriffen, um die Vertreter der sexuellen Minderheiten zu schützen, die sich schliesslich zum Verlassen des Ortes gezwungen sahen.

Nigeria

2008 wurden weiterhin Übergriffe auf Menschen verübt, die gleichgeschlechtlicher sexueller Beziehungen verdächtigt wurden. Das nigerianische Strafrecht ahndet einvernehmliche gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen mit einer Freiheitsstrafe von 14 Jahren. In einigen Bundesstaaten steht nach der Scharia (islamisches Recht) darauf die Todesstrafe.

Ruanda

Die Regierung war Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen (LGBT) gegenüber ablehnend eingestellt. Sexuelle Minderheiten waren Repressalien und Einschüchterungen ausgesetzt. Im März 2008 wurden zwei Frauen, die sich für die Rechte sexueller Minderheiten einsetzten, der Urkundenfälschung beschuldigt und für zwei Wochen inhaftiert. Sie hatten an einem LGBT-Kongress in Mosambik teilgenommen. Die Frauen wurden schliesslich freigelassen.

Saudi-Arabien

Mindestens 102 Männer und Frauen, darunter 39 Ausländer, wurden im Jahr 2008 hingerichtet. Viele wurden wegen gewaltloser Vergehen exekutiert, wie z. B. Drogendelikte, homosexuelle Handlungen, Blasphemie und Abfall vom islamischen Glauben. Die meisten Hinrichtungen fanden in der Öffentlichkeit statt.

Tschetschenien

Am 28. Juni 2008 nahmen in Brno etwa 500 Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender- Personen an der ersten Parade für die Rechte sexueller Minderheiten in Tschechien teil. Obwohl die Stadtverwaltung zwei Gegendemonstrationen verboten hatte, versammelten sich etwa 150 rechtsextremistische Demonstranten, um gegen die Parade zu protestieren.

Türkei

Im Mai 2008 wurde *Lambda Istanbul*, eine Organisation, die sich für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen einsetzt, per Gerichtsbeschluss verboten. Zuvor hatte der Gouverneur von Istanbul erklärt, die Zielsetzungen der Organisation richteten sich gegen »die moralischen Werte und die Familienstruktur«. Im Juli 2008 wurde der 26-jährige Homosexuelle Ahmet Yıldız in Istanbul auf offener Strasse erschossen. Es wurde vermutet, dass es sich um eine Straftat gegen einen Homosexuellen im Namen der »Ehre« handelte. Zuvor hatte er sich wegen Drohungen aus seiner Familie an die Staatsanwaltschaft gewandt.

Uganda

2008 gab es weiterhin Angriffe auf Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender-Personen sowie auf Menschenrechtsverteidiger, die sich für deren Rechte einsetzten. Im Oktober bezeichnete ein Minister der Regierung schwule und lesbische Lebensweisen als Krankheit und erklärte, Uganda sei bestrebt, die Gesetze, die Homosexualität kriminalisieren, noch weiter auszudehnen. Einen Monat nach dieser Erklärung wurden mehrere Personen festgenommen, die sich für die Rechte sexueller Minderheiten einsetzten. Sie waren während ihrer Haft Folterungen, sexuellen Übergriffen und anderen Misshandlungen durch Polizei und anderes Sicherheitspersonal ausgesetzt.